



# „Dieses Geld reicht bei weitem nicht“

**ÖFFENTLICH BEDIENSTETE:** Rieder und Reber fordern 200 Millionen Euro pro Jahr als Inflationsausgleich – Amhof: Kapitel wird 2025 aufgestockt

BOZEN (hof). Das Land will für die öffentlich Bediensteten im Dreijahreszeitraum 2025-26-27 insgesamt 450 Millionen Euro für den Inflationsausgleich bereitstellen: Dieses Geld reicht aber bei weitem nicht aus, kritisieren die beiden Abgeordneten Maria Elisabeth Rieder (Team K) und Andreas Leiter Reber (Freie Fraktion). Es brauche 150 Millionen Euro mehr – insgesamt 600 Millionen Euro für die nächsten 3 Jahre.

In einer gemeinsamen Medienkonferenz mit ASGB-Gewerkschafterinnen wiesen Rieder und Reber gestern darauf hin, dass die Gehälter ab 1. Jänner 2023 um 12 Prozent steigen müssten, um die Inflation auszugleichen. Nur so könne die Kauf-



„Eine Erhöhung der Grundgehälter ist dringend nötig, um in Zukunft eine Rente zu sichern, die zum Leben reicht.“

Maria Elisabeth Rieder, Team K

kraft von 2016 wiederhergestellt werden. Von 2010 bis Ende 2015 habe der Staat die Lohnerhöhungen gestoppt. Es sei unseriös, dann Essensbons, Benefits, Gehaltsvorrückungen, Leistungslohn und Leistungsprämien als Lohnerhöhungen anzurechnen. ASGB-Gewerkschafterin Barbara Perri sprach sich dafür aus, dass Grundgehalt und Sonderergänzungszulagen so er-

höht werden, dass die Inflation ausgeglichen wird.

Rieder und Reber haben einen Änderungsantrag zum Haushaltsgesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie jeweils 200 Millionen Euro als Inflationsausgleich für die öffentlich Bediensteten für 2025, 2026 und 2027 verlangen. Diese insgesamt 600 Millionen Euro sollten ausschließlich für den Bereichsübergreifenden



„Uns war immer bewusst, dass diese 125 Millionen Euro pro Jahr für die öffentlich Bediensteten zu wenig sind.“

Magdalena Amhof, Personal-Landesrätin

Kollektivvertrag und für die Bediensteten der Schulen staatlicher Art verwendet werden. Das Land wolle für 2025 rund 200 Millionen Euro bereitstellen, für 2026 und 2027 dann aber jeweils nur 125 Millionen Euro – für alle Verträge der öffentlich Bediensteten. Das sei zu wenig.

Rieder und Reber rufen die Landesregierung zudem in einem Beschlussantrag dazu auf,

mit Beginn des kommenden Jahres genaue Berechnungen des Kaufkraftverlustes der fixen Lohnelemente durchzuführen und auf dem Internetportal der Landesverwaltung zu veröffentlichen. Diese Berechnung sollte künftig jährlich aktualisiert werden.

Laut Personallandesrätin Magdalena Amhof sind derzeit 125 Millionen Euro pro Jahr für

die öffentlich Bediensteten als „strukturelle Lohnerhöhung“ vorgesehen. „Uns war immer bewusst, dass diese 125 Millionen Euro zu wenig sind, und das haben wir auch immer so kommuniziert“, erklärt die Landesrätin. Finanztechnisch sei es nicht möglich gewesen, mehr Geld dafür bereitzustellen. „Aber wir haben den Gewerkschaften bereits zugesichert, dass wir im Laufe des kommenden Jahres dieses Kapitel aufstocken werden, damit wir diese strukturelle Lohnerhöhung hinbekommen.“ Die Lohnerhöhung werde dann rückwirkend gewährt. Ob die 200 Millionen Euro pro Jahr von Reber und Rieder eine zu hohe Forderung seien, wage sie nicht zu bewerten.

© Alle Rechte vorbehalten